

Wann die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu Ende ging und die volksdemokratische Ordnung begann, läßt sich nicht genau bestimmen. Der Übergang vollzog sich im Zuge eines allmählich fortschreitenden Prozesses, innerhalb dessen nur Marksteine der Entwicklung festgestellt werden können. Obwohl Otto Grotewohl in seiner Rede vom 22. 10. 1948 bestritt, daß in der DDR eine Volksdemokratie geschaffen werden sollte, meinte Fred Oelssner (Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 30), daß mit der Gründung der DDR sich die Arbeiter-und-Bauern-Macht auf volksdemokratischer Grundlage gefestigt habe. Aber auch er meinte, es wäre falsch, beide Phasen scharf voneinander zu trennen, sie flössen ineinander über. Schon in der ersten Phase seien Aufgaben der sozialistischen Revolution gelöst worden. Dazu rechnet er die Bodenreform und die Überführung des größten Teiles der Industrie in Volkseigentum. Walter Ulbricht (Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 408) sprach bereits 1952 von den volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht. Das Parteiprogramm der SED von 1963 vermied in seinem historischen Teil die Angabe eines Jahres, in dem sich der Übergang vollzogen haben soll.

Ein wichtiger Markstein war die 2. Parteikonferenz der SED (9.-12.7.1952), welche die Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus und eine völlige Zentralisierung der Verwaltung beschloß. Nach dem Parteiprogramm der SED von 1963 begann indessen die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus bereits mit dem ersten Fünf-Jahr-Plan 1951. Nach Hans Leichtfuß/Karl-Heinz Schöneburg (Allgemeines, Besonderes und Einzelnes . . .) ist in der Periode von 1949 bis 1953 die Staatlichkeit der antifaschistisch demokratischen Ordnung in der höheren Stufe der Arbeiter-und-Bauern-Macht als einer Form der Diktatur des Proletariats aufgehoben worden.

Auf dem V. Parteitag der SED (10.-16.7.1958) stellte Ulbricht fest, daß die Grundlagen des Sozialismus gelegt seien. Nunmehr müsse der Sozialismus zum Siege geführt werden. Auf dem VI. Parteitag (15.-21.1.1963) wurde sodann zwar nicht der Sieg des Sozialismus, aber der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse verkündet. In dem auf diesem Parteitag beschlossenen Programm wurden bereits die Begriffe »sozialistische Staatsmacht« und »sozialistische Staatlichkeit« verwendet. Der sozialistische Staat war zu diesem Zeitpunkt bereits geschaffen.⁴⁵

- 45 4. Weitere Veränderung der ökonomischen Basis. Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse wurde nach Inkrafttreten der Verfassung von 1949 weiter vorangetrieben. Nach Abschluß der Enteignung von »Kriegsverbrechern und Naziaktivisten«, die noch bis in das Jahr 1950 weiterbetrieben wurde, gelangten sublimere Methoden zur Anwendung. Der volkseigene Sektor der gewerblichen Wirtschaft wurde durch Enteignungen unter Ausnutzung des Straf-, des Steuer-, des Zwangsvollstreckungs- und Konkursrechts, durch Entzug der Gewerbeerlaubnis sowie die Verweigerung von Material und Arbeitskräften oder durch den Entzug von Aufträgen innerhalb der geplanten Wirtschaft ausgebaut. Ferner wurden private Betriebe nach dem Muster der Volksrepublik China ge­nötigt, staatliche Kapitalbeteiligungen aufzunehmen, was den Eigentümer zum Geschäftsführer des eigenen Betriebes degradierte. Private Handelsbetriebe mußten mit staatlichen Betrieben Kommissionsverträge vereinbaren, Handwerker wurden veranlaßt, sich in Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen.